



74. Jahrgang / August 2001

# Merkblatt

## für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEANGELEGENHEITEN

### INHALT

- |   |   |
|---|---|
| <p>32. <i>Verfahren für die Gewährung von Bedarfszuweisungen</i></p>        | <p>35. <i>Vorbereitungskurs auf die Dienstprüfung für Gemeindebedienstete</i></p> |
| <p>33. <i>Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz</i></p>                       | <p>36. <i>Buchhinweis – Tiroler Kanalisationsgesetz 2000</i></p>                  |
| <p>34. <i>Zuschüsse des Landes zu den Kosten der Schülerbeförderung</i></p> | <p><i>Verbraucherpreisindex für Juni 2001 (vorläufiges Ergebnis)</i></p>          |

## 32.

### Verfahren für die Gewährung von Bedarfszuweisungen

#### 1. Allgemeines

1.1 Bedarfszuweisungen sind Finanzaufweisungen des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Aufrechterhaltung und Wiederherstellung des Haushaltsgleichgewichtes, für die Deckung außergewöhnlicher Erfordernisse und für den Ausgleich von Härten, die sich bei der Verteilung der Abgabenertragsanteile oder Schlüsselzuweisungen ergeben.

Bedarfszuweisungen dienen einem internen Lastenausgleich zwischen den Gemeinden und Gemeindeverbänden. Daraus folgt, dass sie allein nach dem Maßstab der Bedürftigkeit zu verteilen sind.

Bedürftigkeit wird insbesondere dann anzunehmen sein, wenn trotz größtmöglicher Ausnützung der Einnahmequellen und trotz sparsamer Ausgabewirtschaft die für ein notwendiges Vorhaben erforderlichen Mittel nicht zur Gänze aufgebracht werden können.

Bedürftigkeit ist jedenfalls dann nicht anzunehmen, wenn eine Gemeinde die gesetzlich gebotenen Möglichkeiten der Vertragsraumordnung nicht nützt und ihr dadurch Förderungen aus anderen Quellen entgehen; Bedarfszuweisungen in öffentliche Verkehrsflächen und deren Beleuchtung, in Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung haben in einem solchen Fall zu entfallen.

Die Bedürftigkeit ist von der Gemeinde oder dem Gemeindeverband nachzuweisen.

1.2 Für die Gewährung von Bedarfszuweisungen stehen im Wesentlichen die im Gemeindeausgleichsfonds angesammelten, dem Land vom Bund für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Ge-

meindeverbände überwiesenen zweckgebundenen Landesmitteln zur Verfügung. 12,7% der Gemeinde-Abgabenertragsanteile werden dem Land vom Bund für diesen Zweck überwiesen.

Die Gewährung von Bedarfszuweisungen ist der Landesregierung vorbehalten. Sie bedarf eines Kollegialbeschlusses der Landesregierung; die Antragstellung obliegt dem Gemeindeferenten der Landesregierung.

1.3 Für die Gewährung von Bedarfszuweisungen stehen neben einer zentralen Reserve Bezirkskontingente zur Verfügung.

Die zentrale Reserve dient insbesondere der Finanzierung des Schul- und Kindergartenbaufonds und des Wasserleitungsfonds, von Katastrophenschäden und des Ausbaues der Bezirkskrankenhäuser.

Die für das Folgejahr vorgesehenen Bezirkskontingente sind den Bezirkshauptmannschaften längstens bis Mitte September bekanntzugeben; sofern es die Ungenauigkeit der Schätzung in diesem Zeitpunkt erfordert, ist eine entsprechende Mittelbindung vorzusehen. Eine entsprechende Mittelbindung ist ferner für unvorhergesehene und unabwendbare Ausgaben vorzusehen (Pkt. 2.2).

#### 2. Verfahren für die Gewährung von Bedarfszuweisungen aus den Bezirkskontingenten

##### 2.1 Allgemeines Verfahren

###### 2.1.1 Antragstellung

Anträge auf die Gewährung von Bedarfszuweisungen aus den Bezirkskontingenten sind ausschließlich bei der

zuständigen Bezirkshauptmannschaft einzubringen. Für die Antragstellung sind die bei der Bezirkshauptmannschaft aufliegenden Formblätter zu verwenden.

**Die Anträge haben jedenfalls zu enthalten:**

- ↳ eine Beschreibung des Vorhabens,
- ↳ einen Kostenvoranschlag und Finanzierungsplan für das Vorhaben; bei Vorhaben, deren Ausführung sich über mehrere Jahre erstreckt, zusätzlich Angaben über die voraussichtliche Bauzeit und über die auf die einzelnen Jahre entfallenden Kosten und deren Finanzierung,
- ↳ eine verbindliche Erklärung darüber, welche Vorhaben in den nächsten drei Jahren verwirklicht werden sollen; die in dieser Erklärung enthaltenen Vorhaben sind deutlich zu bezeichnen und nach Möglichkeit deren geschätzte Kosten und in Aussicht genommene Finanzierung derselben bekanntzugeben.

Die Anträge auf die Gewährung von Bedarfszuweisungen sind **längstens bis 31. August** bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft einzubringen.

**2.1.2 Verteilungsvorschlag  
der Bezirkshauptmannschaft**

Die Bezirkshauptmannschaft ist verhalten, die eingelangten Anträge zu sichten, zu prüfen und einen Verteilungsvorschlag zu erstellen.

Dabei hat die Bezirkshauptmannschaft von folgenden Überlegungen auszugehen:

Die Bedarfszuweisungen sind im Verteilungsvorschlag schwerpunktmäßig nach dem Grad der Bedürftigkeit und Dringlichkeit vorzuschlagen.

Hinsichtlich des Verwendungszweckes ist der Erfüllung gesetzlicher und sonstiger Pflichtaufgaben unbedingter Vorrang einzuräumen. Der Verwendungszweck „Haushaltsausgleich“ ist zu vermeiden, da die effektive Notwendigkeit einer solchen Bedarfszuweisung erst nach Vorliegen des Rechnungsabschlusses festgestellt werden kann und die Gewährung einer Bedarfszuweisung zum „Haushaltsausgleich“ dann unsinnig wäre, wenn das Haushaltsjahr mit einem Rechnungsüberschuss abschließen würde. Der Verwendungszweck ist jeweils vollständig und genau anzugeben, also zum Beispiel nicht „Schulhausbau“ sondern „Volksschulneubau“ oder „Hauptschulerweiterungsbau“. Bedarfszuweisungen sind nicht mehreren Verwendungszwecken zuzuteilen, wie zum Beispiel „Volksschul- und Kindergartenneubau“ oder „Gemeinde- und Feuerwehrhausneubau“, sondern getrennt für „Volksschulneubau“ und

für „Kindergartenbau“. Bei Mehrzweckhäusern sind auch die Zweckwidmung der vorgesehenen Räumlichkeiten und die darauf entfallenden Kostenanteile anzuführen.

Bedarfszuweisungen mit dem Verwendungszweck „für Schuldienst“ oder „für Schuldendienstbeiträge“ sind grundsätzlich zu vermeiden, da diese nur schwer in die finanzverfassungsrechtlich vorgegebenen Verwendungszwecke einzureihen sind und der Schuldendienst und die Schuldendienstbeiträge in der Regel nicht „außerordentliche Erfordernisse“, sondern laufende Ausgaben sind. Jedenfalls sind bei Bedarfszuweisungen „für Schuldendienst“ oder „für Schuldendienstbeiträge“ die Verwendungszwecke der zu tilgenden Darlehen genau anzuführen. Um die Gewährung von Bedarfszuweisungen für den Schuldendienst zu vermeiden, sind die Bemühungen, die Darlehensaufnahmen der Gemeinden im Rahmen der Tragbarkeit zu halten, fortzusetzen. Dies sollte dazu führen, dass die Bedarfszuweisungsmittel mehr als bisher zur direkten Finanzierung von Vorhaben eingesetzt werden.

Für die Gewährung einer Bedarfszuweisung ist es notwendig, dass die jeweilige Gemeinde sich bemüht, alle Abgaben zu deren Erhebung sie berechtigt ist, im höchstmöglichen Ausmaß einzuheben. Die Förderungsbedingungen für die Gewährung von Beiträgen und Darlehen des Landes für Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen, wie sie im Merkblatt für die Gemeinden Tirols Folge 10/1991, 12/1992, 12/1993 und 12/1994 veröffentlicht wurden, gelten auch für die Gewährung von Bedarfszuweisungen. Die Erfüllung der übrigen in den Förderungsbedingungen festgelegten Auflagen ist in einem dafür vorgesehenen Formblatt nachzuweisen, das dem Bedarfszuweisungsansuchen beizuschließen ist.

Im Verteilungsvorschlag sind die Gemeinden (in alphabetischer Reihenfolge), der Verwendungszweck und darauf entfallende Einzelbetrag und (bei mehreren Bedarfszuweisungen für verschiedene Zwecke) zusätzlich der Gesamtbetrag anzuführen.

Der Verteilungsvorschlag ist längstens bis 20. Oktober in zweifacher Ausfertigung der Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung vorzulegen. Eine Ausfertigung hat die Gemeindeabteilung unverzüglich dem Gemeindereferenten der Landesregierung vorzulegen.

**2.1.3 Entscheidung über den Verteilungsvorschlag**

Der Gemeindereferent der Landesregierung entscheidet nach Anhörung der Gemeindeabteilung und

der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft, welche Bedarfszuweisungen der Landesregierung zur Gewährung vorgeschlagen werden. Entsprechend der Geschäftsordnung der Tiroler Landesregierung entscheidet über die Gewährung der Bedarfszuweisungen die Landesregierung mit Kollegialbeschluss.

Die Entscheidung über die den Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährten Bedarfszuweisungen ist diesen längstens bis Mitte November schriftlich mitzuteilen. Damit ist sichergestellt, dass die Bedarfszuweisungen in die bis dahin den Gemeinderäten bzw. Gemeindeverbandsversammlungen vorzulegenden Haushaltspläne aufgenommen werden können.

#### **2.1.4 Ausschüttung der Bezirkskontingente**

Die Ausschüttung der Bezirkskontingente ist ca. vierteljährlich (etwa März, Juni, September und Dezember) vorgesehen.

Der auf den Bezirk entfallende Ausschüttungsbetrag ist der Bezirkshauptmannschaft zeitgerecht vor der nächsten Ausschüttung bekanntzugeben und gleichzeitig die Bezirkshauptmannschaft aufzufordern, Sammelanträge für die vierteljährliche Ausschüttung vorzulegen.

Ein solcher Sammelantrag hat die Gemeinden (in alphabetischer Reihenfolge), den Verwendungszweck und darauf entfallenden Einzelbetrag und (bei mehreren Bedarfszuweisungen für verschiedene Zwecke) zusätzlich den Gesamtbetrag zu enthalten.

Die Aufnahme in den Sammelantrag hat nach Maßgabe der Dringlichkeit zu erfolgen. Das der Bezirkshauptmannschaft bekanntgegebene Kontingent darf keinesfalls überschritten werden.

Der Sammelantrag für die vierteljährliche Ausschüttung ist der Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung zeitgerecht vorzulegen. Soweit die im Sammelantrag vorgeschlagenen Bedarfszuweisungen durch einen Beschluss der Landesregierung gedeckt sind, sind die darauf entfallenden Beträge umgehend den Bezirkshauptmannschaften zu überweisen.

#### **2.2. Unvorhersehbare und unabwendbare Ausgaben**

Fallen bei einer Gemeinde oder einem Gemeindeverband unvorhersehbare und unabwendbare Ausgaben an, die nur durch Bedarfszuweisungen abgedeckt werden können, so kann auch nach dem 31. August ein Antrag auf Gewährung einer Bedarfszuweisung eingebracht werden.

Ein solcher Antrag ist ausschließlich bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft einzubringen. Auch für

einen solchen Antrag sind die bei der Bezirkshauptmannschaft aufliegenden Formblätter zu verwenden. Für die Ausführung des Antrages gilt im Übrigen das unter 2.1.1 Gesagte sinngemäß.

Die Bezirkshauptmannschaft ist verhalten, den Antrag zu prüfen.

Mit dem Sammelantrag für die vierteljährliche Ausschüttung kann die Bezirkshauptmannschaft auch solche Anträge auf die Gewährung von Bedarfszuweisungen an die Landesregierung herantragen. Soweit es sich nicht um Katastrophenfälle handelt, die aus der zentralen Reserve bedient werden können, müssen sich diese Nachtragsvorschläge der Bezirkshauptmannschaft im Rahmen des dem Bezirk bekanntgegebenen Ausschüttungskontingentes bewegen.

Die Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung hat im Einvernehmen mit dem Gemeindefereenten der Landesregierung einen entsprechenden Regierungsantrag vorzubereiten und die nach der Geschäftsordnung der Tiroler Landesregierung erforderliche Entscheidung über die Gewährung der Bedarfszuweisungen einzuholen.

Die Entscheidung ist der Gemeinde unverzüglich schriftlich mitzuteilen und der Ausschüttungsbetrag der Bezirkshauptmannschaft zu überweisen.

#### **2.3 Umwidmungen**

Umwidmungen von einem Verwendungszweck auf einen anderen sind nur ausnahmsweise und wenn unbedingt notwendig zulässig. Eine solche Notwendigkeit ist insbesondere dann anzunehmen, wenn sich die Ausführung eines Vorhabens verzögert und ein anderes, im Übrigen den Voraussetzungen für die Gewährung von Bedarfszuweisungen in gleicher Weise entsprechendes Vorhaben, ausgeführt werden muss.

In diesen Fällen gilt im Übrigen das zu Punkt 2.2 Ausgeführte sinngemäß.

#### **2.4 Vorschüsse**

Vorschüsse sind nur ausnahmsweise und wenn unbedingt notwendig zulässig. Eine solche Notwendigkeit ist insbesondere in Katastrophenfällen anzunehmen.

Vorschüsse sind im Wege der zuständigen Bezirkshauptmannschaft bei der Gemeindeabteilung des Amtes der Tiroler Landesregierung zu beantragen und nach Weisung des Gemeindefereenten der Landesregierung an die Bezirkshauptmannschaft zu überweisen. Die nach der Geschäftsordnung der Tiroler Landesregierung erforderliche Entscheidung der Landesregierung ist ungesäumt nachzuholen.

Seite 1

**Gemeinde:** \_\_\_\_\_**Bezirk:** \_\_\_\_\_, am \_\_\_\_\_An die  
Bezirkshauptmannschaft

\_\_\_\_\_

**Zahl:****Betreff:** Ansuchen um eine Bedarfszuweisung für

\_\_\_\_\_

Für das Rechnungsjahr 20\_\_ wird die Gewährung einer Bedarfszuweisung von

\_\_\_\_\_ EUR

für den im Betreff angeführten Verwendungszweck beantragt.

**BEGRÜNDUNG****1. Beschreibung des Vorhabens**

## 2. Ausführungszeitraum, Gesamtkosten und Gesamtfinanzierung

2.1 **Ausführungszeitraum:** von 20\_\_ bis einschließlich 20\_\_

### 2.2 Gesamtkosten:

voraussichtlicher Aufwand (entw. Kosten (voraussichtlich, Schätzwert) oder Angebot)	EUR	
+ ___ % MWSt.	EUR	
<b>Gesamtkosten</b>	<b>EUR</b>	

Für das Vorhaben besteht Vorsteuerabzugsberechtigung ja/nein \*)

### 2.3 Gesamtfinanzierungsplan:

Die Bedeckung des Aufwandes ist wie folgt vorgesehen:

Deckungsmittel des ordentlichen Haushaltes	EUR	
Darlehensaufnahme	EUR	
Rücklagenentnahme	EUR	
Bedarfszuweisung	EUR	
	EUR	
<b>Gesamtsumme</b>	<b>EUR</b>	

## 3. Teilfinanzierungspläne:

Teilfinanzierungsplan für 20__		
Deckungsmittel des o.HH	EUR	
Darlehensaufnahme	EUR	
Rücklagenentnahme	EUR	
Bedarfszuweisung	EUR	
	EUR	
	EUR	
	EUR	
Summe	EUR	

Teilfinanzierungsplan für 20__		
Deckungsmittel des o.HH	EUR	
Darlehensaufnahme	EUR	
Rücklagenentnahme	EUR	
Bedarfszuweisung	EUR	
	EUR	
	EUR	
	EUR	
Summe	EUR	

Teilfinanzierungsplan für 20__		
Deckungsmittel des o.HH	EUR	
Darlehensaufnahme	EUR	
Rücklagenentnahme	EUR	
Bedarfszuweisung	EUR	
	EUR	
	EUR	
	EUR	
Summe	EUR	

Teilfinanzierungsplan für 20__		
Deckungsmittel des o.HH	EUR	
Darlehensaufnahme	EUR	
Rücklagenentnahme	EUR	
Bedarfszuweisung	EUR	
	EUR	
	EUR	
	EUR	
Summe	EUR	

<b>Summe der Teilfinanzierungspläne</b>	<b>EUR</b>	
---	------------	--

**4. Sonstige Daten:**

**4.1. Hebesätze des laufenden Jahres:**

Grundsteuer A \_\_\_\_\_ v.H.  
 Grundsteuer B \_\_\_\_\_ v.H.  
 Erschließungsbeitrag \_\_\_\_\_ v.H. Zuschuss ja/nein  
 Zuschusshöhe: \_\_\_\_\_

**4.2. Wasser- und Kanalgebühren (inkl. Ust.):**

	Wasser	Kanal
laufende Gebühr	_____ EUR	_____ EUR
Anschlussgebühr	_____ EUR	_____ EUR
Erweiterungsgebühr	_____ EUR	_____ EUR
	Zuschuss ja/nein	Zuschuss ja/nein

**4.4. Geplante Vorhaben der nächsten 3 Jahre (Reihung nach Dringlichkeit):**

Bezeichnung des Vorhabens: \_\_\_\_\_ Bauzeit: \_\_\_\_\_ voraussichtliche Kosten: \_\_\_\_\_

Der/Die Bürgermeister/in

\*) Nichtzutreffendes streichen!

**Beilage:**

Zurücksendenfalls eine Abschrift der verbindlichen Bewilligung, der massenrechtlichen Bewilligung (d.g.l., Nachtragskostenkalkulation, Beiblatt zur Wasser- und Abwasserbeseitigungsanlagen, usw.)

# 33.

## Gemeinde Vertragsbedienstetengesetz

### 1. Einleitung

Der Landtag hat am 16. Mai 2001 einstimmig das Gesetz über das Dienstrecht der Vertragsbediensteten der Gemeinden, mit Ausnahme der Stadt Innsbruck, und der Gemeindeverbände (Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz – G-VBG) beschlossen. Dieses Gesetz wird in nächster Zeit im Landesgesetzblatt verlautbart werden und tritt mit 1. September 2001 in Kraft.

Das Dienstrecht der Vertragsbediensteten der Gemeinden, mit Ausnahme der Stadt Innsbruck, und der Gemeindeverbände war seit 1. Oktober 1998 im 3. Abschnitt des Tiroler Vertragsbedienstetengesetzes, LGBl. Nr. 85/1998, geregelt. Die Regelung erfolgte hauptsächlich in Form von Verweisungen, einerseits auf die für die Vertragsbediensteten des Landes geltenden Bestimmungen des Tiroler Vertragsbedienstetengesetzes, andererseits auf einzelne Bestimmungen des Vertragsbedienstetengesetzes 1948 des Bundes. Im Volltext geregelt wurden die Sonderbestimmungen insbesondere für die Kindergärtnerinnen und die Kindergartenhelferinnen.

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 8. November 2000 das Landes-Vertragsbedienstetengesetz (L-VBG), LGBl. Nr. 2/2001, beschlossen. Dieses enthält eine – von wenigen Ausnahmen abgesehen – Volltextfassung des Dienstrechtes der Vertragsbediensteten des Landes. Dieser Änderung Rechnung tragend wurde auch eine vollständige Regelung des Dienstrechtes der Bediensteten der Gemeinden, mit Ausnahme der Stadt Innsbruck, und der Gemeindeverbände vorgenommen. Allerdings wurde gesetzestechnisch dabei im Wesentlichen nur mehr auf das Landes-Vertragsbedienstetengesetz verwiesen und dieses sohin mit den notwendigen, im § 2 aufgezählten Abweichungen für sinngemäß anwendbar erklärt. Darüber hinaus enthält das G-VBG die Bestimmungen über die Kinderzulage, die Nebengebühren, die Sachleistungen und die Dienst- und Naturalwohnungen in ausgeschriebener Form, um schwer lesbare Weiterweisungen zu vermeiden.

Die Sonderbestimmungen betreffend die Kindergärtnerinnen, die Kindergartenhelferinnen und die Erzieher wurden mit – aufgrund der zwischenzeitlich gewonnenen praktischen Erfahrungen – geringfügigen Änderungen aus dem Tiroler Vertragsbedienstetengesetz übernommen.

Die beiden Gesetze L-VBG und G-VBG zusammen sind somit als eine Einheit zu sehen und beinhalten zusammen das Dienstrecht der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände.

### 2. Geltungsbereich

Das G-VBG gilt gemäß § 1 Abs. 1, soweit im Abs. 2 nichts anderes bestimmt ist, für alle Bediensteten, die in einem privatrechtlichen Dienstverhältnis zu einer Gemeinde, mit Ausnahme der Stadt Innsbruck, oder zu einem Gemeindeverband stehen (Vertragsbedienstete).

Gemäß Abs. 2 sind vom Geltungsbereich dieses Gesetzes ausgenommen:

- a) Personen, die befristet für die Dauer von höchstens sechs Monaten oder nur fallweise verwendet werden oder die, wenn auch regelmäßig, nur im Ausmaß von weniger als 30 v. H. der Vollbeschäftigung verwendet werden;
- b) Lehrer an Gemeindemusikschulen;
- c) Personen, für deren Dienstverhältnis besondere Dienstordnungen der Gemeinden und Gemeindeverbände gelten, die vor dem 1. Oktober 1998 erlassen worden sind;
- d) Konsiliarärzte;
- e) Personen, die im Rahmen der Ausbildung nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. I Nr. 108/1997, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 116/1999, nach dem MTD-Gesetz, BGBl. Nr. 460/1992, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. Nr. 327/1996, nach dem MTF-SHD-G, BGBl. Nr. 102/1961, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 46/1999, oder nach dem Hebammengesetz, BGBl. Nr. 310/1994, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 116/1999, verwendet werden;
- f) Lehrlinge und Praktikanten;
- g) Personen, für deren Dienstverhältnis das Hausbesorgergesetz, BGBl. Nr. 16/1970, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 44/2000, gilt;
- h) Personen, für deren Dienstverhältnis die Landarbeitsordnung 2000, LGBl. Nr. 27, in der jeweils geltenden Fassung gilt;
- i) Personen, für deren Dienstverhältnis das Gutsangestelltengesetz, BGBl. Nr. 538/1923, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 44/2000, gilt;
- j) Personen, für die das Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungsgesetz, BGBl. Nr. 414/1972, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 44/2000, gilt;

k) Personen, für deren Dienstverhältnis das Gehaltssengesetz 1959, BGBl. Nr. 254, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. Nr. 104/1985, gilt;

l) Personen, für deren Dienstverhältnis das Schauspielergesetz, BGBl. Nr. 441/1922, zuletzt geändert durch das Gesetz BGBl. I Nr. 44/2000, gilt.

Auf Waldaufseher und Forstarbeiter findet der jeweilige Kollektivvertrag Anwendung. Werden diese Personen vom selben Dienstgeber zusätzlich für andere Tätigkeiten im Ausmaß von mindestens 50 v. H. der Vollbeschäftigung verwendet, so sind die Bestimmungen des G-VBG anzuwenden.

### 3. Wesentliche Änderungen

Die angeführten Gesetze enthalten gegenüber dem Tiroler Vertragsbedienstetengesetz sehr viele Änderungen, die jeweils im Gesetz nachzulesen sind; in der Folge werden einige wesentliche Änderungen angeführt:

#### 3.1. mehrmalige Befristung von Dienstverhältnissen

Nach § 6 Abs. 5 L-VBG können Dienstverhältnisse mehrmals befristet werden, wenn der Vertragsbedienstete nur zur Vertretung aufgenommen wurde oder wenn das Dienstverhältnis zu dem Zweck, eine berufliche Ausbildung zu ermöglichen, eingegangen wurde oder wenn das befristete Dienstverhältnis des Vertragsbediensteten im Anschluss an die Behaltfrist nach dem Berufsausbildungsgesetz zur Vertretung verlängert wird.

#### 3.2. Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit zur Betreuung eines Kindes

Mit dem Vertragsbediensteten ist nach § 31 L-VBG auf sein Ansuchen zur Betreuung eines eigenen Kindes, eines Wahl- oder Pflegekindes oder eines sonstigen Kindes, für dessen Unterhalt der Vertragsbedienstete und (oder) sein Ehegatte überwiegend aufkommen, eine Herabsetzung der regelmäßigen Wochendienstzeit bis auf die Hälfte des für die Vollbeschäftigung vorgesehenen Beschäftigungsausmaßes einschließlich deren Beginn, Dauer, Lage und Ausmaß zu vereinbaren. Dieser Rechtsanspruch besteht unter den im Gesetz angeführten Voraussetzungen bis zum Schuleintritt des Kindes.

#### 3.3. Vorrückung, wenn das Beschäftigungsausmaß weniger als die Hälfte der Vollbeschäftigung beträgt

Vertragsbedienstete, deren Beschäftigungsausmaß weniger als die Hälfte der Vollbeschäftigung beträgt,

rücken nicht mehr nach jeweils vier Jahren sondern jeweils nach zwei Jahren in die nächste Entlohnungsstufe vor. Bei der Berechnung des Vorrückungstages sind nunmehr nach § 41 Abs. 2 lit. a Z 1 L-VBG auch Zeiten, die in einem Dienstverhältnis zu einer Gebietskörperschaft mit einem Beschäftigungsausmaß von weniger als der Hälfte der Vollbeschäftigung zurückgelegt worden sind, zur Gänze als Vordienstzeiten anzurechnen. Dazu enthält das Gesetz im § 81 Abs. 6 L-VBG folgende Übergangsbestimmung:

Bei Dienstverhältnissen, die nach dem 16. Juni 1998 begonnen haben, ist der Vorrückungstichtag unter Zugrundelegung der Regelungen des § 41 neu zu ermitteln, wenn der Vertragsbedienstete Vordienstzeiten nach § 41 Abs. 2 lit. a oder lit. d Z. 4, 5 oder 6 aufweist, die er in einem Beschäftigungsausmaß von weniger als der Hälfte des für die Vollbeschäftigung vorgeschriebenen Beschäftigungsausmaßes zurückgelegt hat; ist der auf diese Weise ermittelte Vorrückungstichtag für den Vertragsbediensteten günstiger als der bisher für ihn geltende Vorrückungstichtag, so tritt der günstigere Vorrückungstichtag rückwirkend mit dem Beginn des Dienstverhältnisses an die Stelle des bisherigen Vorrückungstages. Bei Dienstverhältnissen, in denen nach dem 16. Juni 1998 Zeiten in einem Beschäftigungsausmaß von weniger als der Hälfte des für die Vollbeschäftigung vorgeschriebenen Beschäftigungsausmaßes zurückgelegt und nur zur Hälfte für die Berechnung des für die Vorrückung maßgebenden Zeitraumes berücksichtigt wurden, sind die nach dem 16. Juni 1998 liegenden Vorrückungstermine unter Zugrundelegung der Regelungen des § 40 Abs. 1 und 2 neu zu ermitteln; käme der auf diese Weise ermittelte nächste Vorrückungstermin vor dem 17. Juni 1998 zu liegen, so finden die nächste Vorrückung am 17. Juni 1998 und die weiteren Vorrückungen an dem auf die Vollendung des zweijährigen Zeitraumes jeweils folgenden 1. Juli statt.

#### 3.4 Erholungsurlaub

Das Ausmaß des Erholungsurlaubes ist anstelle von Werktagen oder Arbeitstagen in Dienststunden festgesetzt. Demnach beträgt in jedem Kalenderjahr der Erholungsurlaub eines Vollbeschäftigten bei einem Dienstalter von weniger als 25 Jahren 200 Dienststunden und bei einem Dienstalter von mindestens 25 Jahren 240 Dienststunden. Nicht vollbeschäftigten Vertragsbediensteten gebührt der ihrer Wochendienstzeit entsprechende Teil des Erholungsurlaubes. Bei der Ermittlung des Dienstalters für den Urlaubsanspruch ist einem Ver-

tragsbediensteten der Entlohnungsgruppe a und b die vor der Vollendung des 18. Lebensjahres zurückgelegte Schulzeit im Ausmaß von zwei Jahren anzurechnen.

### **3.5. Ersatzleistung für Erholungsurlaub bei Beendigung des Dienstverhältnisses**

Anstelle der bisherigen Urlaubsentschädigung und Urlaubsabfindung gebührt dem Vertragsbediensteten bei Beendigung des Dienstverhältnisses für das laufende Kalenderjahr eine Ersatzleistung als Abgeltung für den Erholungsurlaub, der der Dauer der Dienstzeit in diesem Kalenderjahr im Verhältnis zum gesamten Kalenderjahr entspricht. Bereits verbrauchter Erholungsurlaub dieses Kalenderjahres ist auf das aliquote Urlaubsausmaß anzurechnen.

Da der Erholungsurlaub in Dienststunden festgelegt ist, ist die Ersatzleistung nach dem Stundensatz (Stundenlohn) zu ermitteln. Bei der Ermittlung der Bemessungsgrundlage (Monatsentgelt und Kinderzulage - jedoch ohne anteilmäßige Sonderzahlung) ist von der am Ende des Dienstverhältnisses erreichten besoldungsrechtlichen Stellung auszugehen. Für nicht verbrauchten jedoch noch nicht verfallenen Erholungsurlaub aus Vorjahren ist als Bemessungsgrundlage das Entgelt heranzuziehen, das im Jahr der Entstehung des Urlaubsanspruches zugestanden ist. In sinngemäßer Anwendung der Bestimmung des § 5 Abs. 3 G-VBG wird der Stundensatz durch die Teilung des Monatsentgeltes und der Kinderzulage durch die 4,33-fache Anzahl der für den Vertragsbediensteten geltenden Wochenstundenzahl ermittelt.

### **3.6. Bildungskarenzurlaub**

Im § 68 L-VBG wurde die Möglichkeit geschaffen, zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer einen Bildungskarenzurlaub unter Entfall der Bezüge für die Dauer von mindestens drei Monaten zu vereinbaren, wenn das Dienstverhältnis bereits ununterbrochen drei Jahre gedauert hat.

### **3.7. Abfertigungsanspruch**

Ein Abfertigungsanspruch besteht nunmehr nach § 76 Abs. 5 L-VBG auch dann, wenn das Dienstverhältnis

mindestens drei Jahre ununterbrochen gedauert hat und wegen Inanspruchnahme der Pension einvernehmlich aufgelöst wird.

### **3.8. Fahrtkostenzuschuss – Eigenanteil**

Der Eigenanteil an den Fahrtkosten, den bisher die Gemeinden mit Verordnung festzusetzen hatten, ist im § 16 Abs. 3 G-VBG einheitlich für die Gemeinden und Gemeindeverbände mit monatlich S 394,- festgesetzt. Die Fahrtkostenzuschüsse sind ab 1. September 2001 unter Berücksichtigung des Eigenanteiles von S 394,- neu zu berechnen.

### **3.9. Leistungszulage**

Den Vertragsbediensteten wurden bisher unter gewissen Voraussetzungen in Anlehnung an die Bestimmungen des § 30a des Gehaltsgesetzes Verwendungszulagen gewährt. Da im T-VBG die Verwendungszulage nicht vorgesehen war, waren Vereinbarungen, wonach eine Verwendungszulage gewährt wird, als sondervertragliche Vereinbarung anzusehen. Nunmehr besteht die Möglichkeit bei Vorliegen der im § 19 G-VBG angeführten Voraussetzungen eine Leistungszulage zu gewähren. Bisher gewährte Verwendungszulagen gelten nunmehr als Leistungszulagen nach § 19 G-VBG.

### **3.10. Schluss- und Übergangsbestimmungen**

Bedienstete, auf die die Bestimmungen dieses Gesetzes anzuwenden sind und die bisher nicht nach den Bestimmungen des T-VBG eingestuft worden sind, sind ausgehend vom Vorrückungstichtag und unter Berücksichtigung der für die Vorrückung anrechenbaren Dienstzeit nach den Bestimmungen des G-VBG einzustufen. Die Zuordnung zu der jeweiligen Entlohnungsgruppe hat unter sinngemäßer Anwendung der Gemeindedienstzweigeordnung und unter Berücksichtigung der Einstufung vergleichbarer Bediensteter zu erfolgen. Ist das bisherige Entgelt höher als jenes, das sich nach der neuen Einstufung ergibt, so gebührt weiterhin das bisherige Entgelt und der Dienstvertrag gilt als Sondervertrag.

## 34.

### Zuschüsse des Landes zu den Kosten der Schülerbeförderung

Die Abteilung Schule und Kindergarten macht darauf aufmerksam, dass die Anträge für den Zuschuss des Landes zu den Kosten der Schülerbeförderung für das Schuljahr 2000/2001 bei sonstigem Anspruchsverlust bis spätestens 30. November 2001 beim Amt der Landesregierung einzureichen sind.

Antragsformulare zur Geltendmachung des Zuschusses, auf denen die Richtlinien für die Gewährung

von Zuschüssen zu den Kosten der Schülerbeförderung abgedruckt sind, können beim Amt der Landesregierung, Abteilung Schule und Kindergarten, Tel.: 0512/508/2552 und 2553 angefordert oder von der Homepage der Abteilung Schule und Kindergarten unter der Adresse [www.tirol.gv.at/schulekindergarten/sch\\_formulare.html](http://www.tirol.gv.at/schulekindergarten/sch_formulare.html) heruntergeladen werden.

## 35.

### Vorbereitungskurs auf die Dienstprüfung für Gemeindebedienstete

Der nächste Vorbereitungskurs für die Gemeindebeamtenprüfung für die Verwendungsgruppen B und C bzw. Entlohnungsgruppen b und c wird von der Bezirkshauptmannschaft Innsbruck abgehalten und voraussichtlich im November 2001 beginnen und bis April 2002 dauern. Der Kurs findet jeweils an einem Tag pro Woche in der Gemeinde Kematen in Tirol statt.

Anmeldungen zum Kurs sind von den Teilnehmern an die Bezirkshauptmannschaft Innsbruck zu richten. Die Anmeldung hat bis spätestens 15. August 2001 zu erfolgen und folgende Angaben zu enthalten.

- Name des Interessenten
- Geburtsdatum
- Wohnungsanschrift
- Datum des Dienstantrittes
- Anstellungsgemeinde und bisherige Verwendung in der Gemeinde

- Für welche Verwendungsgruppe bzw. Entlohnungsgruppe wird die Ablegung der Dienstprüfung angestrebt.

Es wird darauf hingewiesen, dass Personen, die die Beamten-Aufstiegsprüfung mit Erfolg abgelegt haben, zur Gemeindebeamtenprüfung II (Verwendungsgruppe B, Entlohnungsgruppe b) nur zugelassen werden können, wenn sie zum 31. März 2002 nach Vollendung des 18. Lebensjahres fünf Jahre (ohne Karenzurlaub und Präsenzdienst oder Zivildienst) in einem Dienstverhältnis zu einer inländischen Gebietskörperschaft zurückgelegt haben.

Näheres kann der Verordnung zur Durchführung des Gemeindebeamtengesetzes 1970, LGBl. Nr. 97/1993, entnommen werden.

## 36.

### Buchhinweis – Tiroler Kanalisationsgesetz 2000

Kurzkommentar von Walter Hacksteiner und Dieter Wolf

112 Seiten, kart., S 280,-

Am 12. Jänner 2001 ist das grundlegend neue und in wesentlichen Punkten von den kanalisationsrechtlichen Regelungen der anderen Bundesländer abweichende Tiroler Kanalisationsgesetz 2000 in Kraft getreten.

Die entscheidendste Neuerung ist, dass das Rechtsverhältnis zwischen dem Betreiber der öffentlichen Kanalisation und dem Anschlusspflichtigen nicht mehr durch einen Anschlussbescheid gestaltet wird, sondern auf einem privatrechtlichen Anschlussvertrag beruht.

Nur wenn ein solcher Vertrag nicht zustande kommt, ist weiterhin ein – inhaltlich jedoch erheblich reduzierter – Anschlussbescheid zu erlassen.

#### Weitere wesentliche Neuerungen sind:

- Harmonisierung des Kanalisationsrechtes mit den geänderten wasserrechtlichen Rahmenbedingungen, insbesondere mit der Indirekteinleiterverordnung
- stärkere Berücksichtigung der Niederschlagswasserproblematik

- teilweise geänderte Voraussetzungen für die Befreiung von der Anschlusspflicht
- Straffung des Enteignungsrechtes
- teilweise geänderte Behördenzuständigkeiten

In den vorliegenden Kurzkomentaren sind neben ausführlichen Anmerkungen zum Gesetzestext auch zahlreiche Hinweise auf die noch relevante Rechtsprechung zum Vorläufergesetz und zu den Kanalisationsgesetzen der anderen Länder eingearbeitet worden. Darüber hinaus findet sich darin ein als Anleitung für den Praktiker gedachter Überblick über das Kanalanschlussverfahren. Ein umfangreiches Stichwortverzeichnis rundet das Werk ab.

Beide Autoren sind in der Abteilung Verfassungsdienst/EU-Recht des Amtes der Tiroler Landesregierung tätig und haben bei der Ausarbeitung des Gesetzes maßgeblich mitgewirkt. Dr. Walter Hacksteiner war vor seinem Wechsel in die Abteilung Verfassungsdienst/EU-Recht weiters in der Abteilung Wasser- und Energierecht des Amtes der Tiroler Landesregierung tätig und dort unter anderem mit der Vollziehung des Vorläufergesetzes befasst.

*Tiroler Kanalisationsgesetz 2000, ISBN 3-7073-0151-6*

*Preis: S 280,-*

*Bestellbar beim Linde Verlag Wien, Scheydgasse 24, 1210 Wien,*

*Tel. 01/278 05 26-0, Fax 01/278 05 26-23,*

*online bestellen unter [www.lindeverlag.at](http://www.lindeverlag.at)*

**VERBRAUCHERPREISINDEX  
FÜR JUNI 2001**  
(vorläufiges Ergebnis)

	Mai 2001 (endgültig)	Juni 2001 (vorläufig)
<b>Index der Verbraucherpreise 2000</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	102,7	102,9
<b>Index der Verbraucherpreise 96</b>		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	108,0	108,3
<b>Index der Verbraucherpreise 86</b>		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	141,3	141,6
<b>Index der Verbraucherpreise 76</b>		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	219,7	220,1
<b>Index der Verbraucherpreise 66</b>		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	385,5	386,3
<b>Index der Verbraucherpreise I</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	492,8	493,7
<b>Index der Verbraucherpreise II</b>		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	491,2	492,2

Der Index der Verbraucherpreise 2000 (Basis: Durchschnitt 2000 = 100) für den Kalendermonat Juni 2001 beträgt 102,9 (vorläufige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand Mai 2001 (102,7 endgültige Zahl) um 0,2% gestiegen (Mai 2001 gegenüber April 2001: +0,2%). Die Steigerungsrate gegenüber Juni 2000 beträgt 2,8% (Mai 2001/2000: +3,4%).

**Erscheinungsort Innsbruck  
Verlagspostamt 6020 Innsbruck P. b. b.**

**MEDIENINHABER (VERLEGER):**  
Amt der Tiroler Landesregierung,  
Abteilung Gemeindeangelegenheiten,  
6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

*Für den Inhalt verantwortlich:* Dr. Helmut Praxmarer

*Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz:* Medieninhaber Land Tirol

*Erklärung über die grundlegende Richtung:* Information der Gemeinden

*Druck:* Eigendruck